

Möglichkeiten eigentlich bedeuten, was zu tun ist, um damit nutzbringend umzugehen. Vielleicht haben wir uns alle ein bißchen treiben lassen. Aber ohne unsere Bemühen werden wir weder gute Einkommen erzielen noch eine gute Produktivität und auch eine starke Ressourcen-Basis.

Frage: In welcher Beziehung stehen der Wirtschaftsrat und die Bundesregierung?

Dr. Slater: Sie hat sich verändert. Die Ausgabenpolitik orientiert sich jetzt mittelfristig, und eine Einrichtung wie der Wirtschaftsrat ist es gewohnt, sich mit mittelfristigen Fragen auseinanderzusetzen, aber ohne direkten Bezug auf die unmittelbare Gegenwart. Da kann dann ein Konflikt entstehen, wenn sie ihre Zukunftsaussichten veröffentlichen und ihre Pläne für etliche Jahre der Öffentlichkeit vorlegen.

Auch was die Produktivität angeht, gibt es Differenzen. Wir sind immer noch optimistischer als das Finanzministerium. Das Finanzministerium geht in seiner Wirtschaftsprognose von einem halben Prozent Zuwachs pro Jahr – für die nächsten vier, fünf Jahre – aus. Wir sind auch keine überschäumenden Optimisten, doch wir meinen, daß sich ein Zuwachs um ein Prozent erreichen läßt. Nach meiner Meinung liegt das größte Problem derzeit darin, daß die Regierung so sehr mit dem Risiko der nicht abnehmenden Inflation befaßt ist, mit der Furcht, sie könnte immer weiter ansteigen, und daß es einfach kein vernünftiges langfristiges Wachstum geben wird, solange wir nicht die Inflationsrate senken können. Nach unserer Ansicht ist die Gefahr der Inflation nicht ganz so groß, dafür aber das Interesse am Wachstum etwas größer.

Frage: Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland entfernen sich von den hohen Zinsen der Vereinigten Staaten. Könnte Kanada dies derzeit auch tun?

Dr. Slater: Technisch wäre es durchaus möglich, daß sich zumindest eine kleine Änderung im Verhältnis seiner eigenen Zinsraten zu denen der USA erreichen ließe. Wenn die Zinsen beispielsweise in den USA wieder steigen würden, könnten wir vielleicht die Zinsen schrittweise erhöhen, aber immer etwas weniger als die USA. Doch in unserem Fall ist die Abhängigkeit, die Integration in den US-amerikanischen Kapitalmarkt so überaus intensiv, daß es weit schwieriger wäre, zumindest ein wenig unseren eigenen Weg einzuschlagen. Doch möglich ist es.

Foto: Dagmar Galt



Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth sprach während eines Ottawa-Besuchs mit dem für wirtschaftliche und regionale Entwicklung zuständigen Bundesminister H. A. Olson. Rechts im Bild der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kanada, Erich Strätling.

Ministerpräsident Lothar Späth

Auf Besuch in Kanada

Im Verlauf eines Kanada-Besuches im Februar unterstrich der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth die wachsende Notwendigkeit einer gezielten Auslandsinvestitionspolitik der mittelständischen Wirtschaft. Vor der Deutsch-Kanadischen Handelskammer in Montréal skizzierte Späth die Ziele einer solchen Strategie unter Hinweis auf den wachsenden Kostendruck sowie den „absoluten Rohstoffmangel“ der Bundesrepublik Deutschland und beschrieb demgegenüber Kanada als ein „Land mit riesigen Ressourcen an Boden und an Rohstoffen“ bei vergleichsweise geringer Bevölkerungsdichte. „Was“, so meinte Späth, „liegt näher, als nach Wegen zu suchen, die jeweiligen Vorteile zum beiderseitigen Nutzen zu koordinieren?“ So gebe es in Baden-Württemberg eine Reihe zumeist jüngerer Unternehmer, die „tatkräftig dabei ist, diesen Weg zu gehen, wobei rohstoff-intensive Produktionszweige nach Kanada verlegt werden“, während die Endfertigung in Baden-Württemberg verbliebe.

Wörtlich meinte er: „Ich möchte die baden-württembergischen Unternehmer ermutigen, noch stärker als bislang zu prüfen, ob dies nicht auch in ihrem Produktionsbereich ein Modell sein kann, das Zukunftschancen verspricht. Ein Handelsvolumen von rund 800 Mio. Mark zwischen Kanada und Baden-Württemberg ist, gemessen an unserem Bruttosozialprodukt von über 220 Mrd. Mark in 1980, nicht allzu viel.“

In einem Interview während des Kanada-Besuchs ging der Ministerpräsident noch einmal auf diese Frage einer gutpartner-

schaftlichen Investitionspolitik ein.

Frage: Ergeben sich für die stark außenwirtschaftsabhängige mittelständische Wirtschaft Baden-Württembergs besondere Gesichtspunkte, die Sie nach Kanada geführt haben?

Späth: Ganz einfach die Tatsache, daß diese leistungsstarke mittelständische Industrie, die jetzt die gute Situation Baden-Württembergs ausmacht, überlegen muß, wie sie langfristig ihre Möglichkeiten wahrnehmen kann. Dazu gehört zunehmend das Problem der Kostenbelastung, denn die hohe Einkommenssituation ist natürlich ein erhebliches Gewicht auf der Produktionsseite. Einerseits muß hier durch hohe Produktivität Ausgleich geschaffen werden, zum anderen muß man auf der Suche sein nach Rohstoffen und weltweiten Märkten, und während die Großunternehmen als Konzernstrukturen eben international versiert arbeiten, ist es für die mittelständische Industrie ein bißchen schwieriger, im Weltmarkt ihren Platz zu finden, Marktlücken zu erspähen und vor allem jene Kooperationen zu suchen zwischen rohstoffintensiven Bereichen und bei Technologien, die sie etwa durch neue Innovation in Baden-Württemberg entwickelt haben.

Es gibt ganz typische Beispiele mittelständischer Unternehmer, die verstärkt Engagements und Investitionen in Ländern wie Kanada suchen, und der Hauptgrund meines Besuchs liegt nun ganz einfach in einer gewissen Goodwill-Aufgabe wie auch darin zu untersuchen, welche konkreten Möglichkeiten bieten sich für Handelsaustausch, vor allem aber auch für Investments auf beiden Seiten.